



Eingang Stv.-Büro: 15.04.2023

Drucks. 17-243/I/767 21-26

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Palatiumstraße 12-63500 Seligenstadt

Präsidium der
Stadtverordnetenversammlung
Marktplatz 1
63500 Seligenstadt

Fraktionsbüro:

Palatiumstraße 12
63500 Seligenstadt

fraktion@gruene-seligenstadt.de

Seligenstadt, den 15.04.2023

Antrag Klimavorbehalt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Einhardstadt Seligenstadt soll die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen. Klimaneutrale oder klimapositive Lösungen sind bei allen Maßnahmen zu bevorzugen. Dazu soll in allen Vorlagen analog zum Finanzierungsvorbehalt eine Stellungnahme zu den erkennbaren Auswirkungen auf Klima und Umwelt enthalten sein. Dies betreffen insbesondere die städtischen Liegenschaften, neue Bebauungspläne sowie Änderung von Bebauungsplänen. Die Stadt soll dabei gemeinsam mit allen Fachabteilungen die Auswirkungen von Beschlussvorlagen auf Klima, Umwelt und Artenschutz bewerten, dokumentieren und Empfehlungen aussprechen.

Begründung:

Die Klimaerwärmung ist die bedrohlichste Krise unseres Planeten mit den entsprechenden Auswirkungen auf das menschliche Leben. Der Temperaturanstieg, durch weiter zunehmenden CO₂ Ausstoß, ist nicht mehr aufzuhalten, es ist aber unser aller Aufgabe, ihn zu begrenzen.

Die Klimaerwärmung ist auch hierzulande mittlerweile für alle spürbar, die Trockenheit gefährdet unsere Wälder, ein Hitzesommer jagt den nächsten, unsere Wasservorräte sind nicht mehr sicher.

Die durch die Klimakrise entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten werden die einer konsequenten CO₂ Einsparungsstrategie bei weitem übersteigen. Die Corona-Krise und der unsägliche Angriffskrieg Russlands führen uns täglich vor Augen, wie teuer es für eine Gesellschaft werden kann, wenn entsprechende Vorsorge ressortübergreifend versäumt wurde.

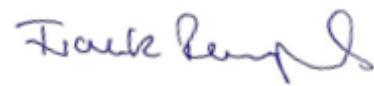
Gerade auf lokaler Ebene sehen wir viele Handlungsspielräume und es ist Aufgabe der Politik, diese transparent zu machen und maximal zu nutzen. Bei jeder Beschlussvorlage, jeglicher Baumaßnahme, im Bereich der Beschaffung oder sonstigen Angelegenheiten muss zukünftig die Frage beantwortet werden, mit welchen klimatischen Auswirkungen zu rechnen ist und ob es klimafreundlichere oder gar klimapositive Alternativen gibt. Die Kommune hat es bislang versäumt, die Stelle eines Klimaschutzmanagers einzurichten. Klimapolitische Maßnahmen auf kommunaler Ebene können

jedoch nicht so lange warten, bis ein solcher irgendwann einmal eingestellt und eingearbeitet ist. Das Inkrafttreten eines Klimavorbehalts ist demnach eine erforderliche Grundlage für das erfolgreiche Wirken eines zukünftigen Klimaschutzmanagers.

Im Zweifel sollte immer dem Klimaschutz Vorrang eingeräumt werden, alles andere wäre im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen verantwortungslos, höchst unsozial und wurde unlängst durch das Bundesverfassungsgericht höchststrichterlich bestätigt.



Silke Rückert
Fraktionsvorsitzende



Frank Raupach
Fraktionsvorsitzender